

Bonn, 23. August 2010

Vorruhestandsregelung muss bis Ende 2012 fortgeführt werden

Die Äußerungen aus dem Personalbereich der Deutschen Telekom, wonach die Vorruhestandsregelung aus wirtschaftlichen Gründen auf den Prüfstand gestellt werden soll, stoßen auf Unverständnis bei den Telekom-Beamten. Darüber hinaus prüft das Unternehmen, ob der Vorruhestand zu unveränderten Konditionen in Anspruch genommen werden kann. Dabei verbreitet das Unternehmen eine gewisse Panik unter den Beamten, nach dem Motto: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst und hat noch Chancen auf einen Vorruhestand nach den bisherigen Bedingungen.“

Aus Sicht der DPVKOM ist dies ein unmögliches Verhalten der Telekom-Führung. Um es nochmals deutlich zu machen; Die Deutsche Telekom wollte die Verlängerung der Vorruhestandsregelung bis Ende 2012, da sie sonst den Personalumbau nach eigenen Angaben nicht sozialverträglich lösen könne. Die DPVKOM hat dabei den Weg zu einer entsprechenden Gesetzesänderung aktiv begleitet.

Die DPVKOM fordert:

- Schluss mit der Verunsicherung der Beamten. Die Deutsche Telekom muss die bestehende Vorruhestandsregelung bis Ende 2012 zu gleichen Konditionen fortführen.
- Es müssen schnellstmöglich Verhandlungen zu Vorruhestandsregelungen für Arbeitnehmer aufgenommen werden und
- es müssen neue Altersteilzeitregelungen für Beamte und Arbeitnehmer geschaffen werden.

Beschäftigungsprobleme löst man nicht mit Argumenten aus dem Schlussverkauf, sondern nur mit zukunftsweisenden Personalkonzepten.

Herausgeber: Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) • Schaumburg-Lippe-Straße 5 • 53113 Bonn